



Liebe Freunde,

kurz vor Beginn der Sommerpause hat der Deutsche Bundestag einige besonders wichtige Themen behandelt. Dazu gehören insbesondere die acht Gesetze zur Ausgestaltung der Energiewende. Geändert wurde das Atomgesetz. Neu sind unter anderem die Gesetze zur Ökoenergieförderung, das Netzausbaubeschleunigungsgesetz, das Gesetz zur Förderung von Gebäudesanierungen und zur Förderung von Windkraft an Land und auf See.

Für mich war die Entscheidung für eine begrenzte Zulassung der PID besonders bewegend. Seit mehr als 15 Jahren beschäftige ich mich intensiv mit diesem Thema. Bereits 1996 hat sich ein Parteitag der FDP in Schleswig-Holstein auf meinen Antrag hin mit der PID befasst. Frau Prof. Brigitte Schlegelberger, heute Leiterin des Instituts für Zell- und Molekularpathologie an der Uni Hannover, führte in die Thematik ein. Der Parteitag folgte meinem Antrag und sprach sich für eine begrenzte Zulassung aus. Das war damals noch keine allgemein anerkannte Meinung. Als Mitglied der Enquete-kommission „Chancen und Risiken der Gentechnik“ des Schleswig-Holsteinischen Landtages, die von März 1997 bis August 1999 tagte, habe ich diese Position als Sondervotum in den Abschlussbericht gebracht (Drucksache 14/2373). Die Ethikkommission von Rheinland-Pfalz unter der Leitung des liberalen Justizministers Peter Caesar, argumentierte in ihrem Abschlussbericht - ebenfalls aus dem Jahr 1999 - sehr ähnlich. Nun, mehr als 10 Jahre später, hat der Deutsche Bundestag für die begrenzte Zulassung der PID in einem von Mitgliedern aller Fraktionen getragenen Gruppenantrag gestimmt. FDP, SPD und die Linke waren mehrheitlich dafür. Meine Rede während der Bundestagsdebatte am 07.07.2011 finden Sie auf meiner Homepage. Ich bin froh, dass Paare, die Überträger einer schweren Erbkrankheit sind, auch in Deutschland Hilfe bei ihrem Wunsch nach einem gesunden Kind erhalten können. Die lange Diskussion um dieses umstrittene Thema zeigt aber auch, dass es sich lohnt, kontinuierlich für eine gut begründete politische Haltung einzutreten und um Mehrheiten dafür zu werben.

In der ersten Augustwoche werde ich meinen Wahlkreis bereisen und einige ausgewählte Einrichtungen und Unternehmen besuchen. Wer Interesse hat, mich bei einem der Termine zu begleiten, wende sich bitte an mein Berliner Büro. Details zur Reise finden Sie auf der letzten Seite.

Ich wünsche Ihnen einen angenehmen, nicht zu heißen Sommer, erholsame Ferien und jetzt eine interessante Lektüre.

Ich grüße Sie herzlich

Christel Happach-Kasan

Info-HAPPen

Dr. Christel Happach-Kasan
Ausgabe Sommer 2011



www.happach-kasan.de

In dieser Ausgabe:

Energiewende	1
EHEC und die Folgen	2
Debatte um Steuer-senkungen	3
Zur Debatte über CCS-Forschung	4
Ausgewählte Termine	4

Energiewende

Bundestag und Bundesrat haben das Umsteuern von der Kernkraft hin zu erneuerbaren Energien beschlossen. Auch wer wie ich deutsche Kernkraftwerke für sicher hält, muss einräumen, dass ein längerfristiger Betrieb den Bürgern nach der Katastrophe in Fukushima nicht mehr vermittelt werden kann – auch dann nicht, wenn man die strengen deutschen Sicherheitsstandards und die weit geringeren Naturrisiken berücksichtigt. **(Fortsetzung auf der nächsten Seite)**



Aber reicht es zu sagen: „Weiter so, Deutschland!“, nur ohne Kernkraft? Die Energiewende erfordert weit mehr als das Abschalten von KKW's. Ich hätte mir deshalb gewünscht, intensiver über die Zukunft der Energieversorgung in Deutschland diskutieren und Lösungen für die anstehenden Probleme erarbeiten zu können. Zwar stehen Wind und Sonne unendlich zur Verfügung, aber leider nur zu bestimmten Zeiten und in wechselnder Stärke. Das Jahr hat 8700 Stunden, Windstrom gibt es etwa an 3000 Stunden, Solarstrom nur an 2000. Wir brauchen als Industriestaat jedoch eine sichere Stromversorgung rund um die Uhr, auch dann, wenn der Wind nicht weht, die Sonne nicht scheint. Speichertechniken sind weitgehend nicht vorhanden.

Wind- und Solarenergie werden auf dem flachen Land oder Offshore erzeugt, die großen Stromverbraucher

haben dagegen ihre Stand-orte in Süddeutsch-land. Während Windenergie am effizientesten im Norden, an Deutschlands Küsten erzeugt werden kann, leben die meisten Menschen in der Metropolregion Rhein-Ruhr. Um Erzeuger und Verbraucher zusammen zu bringen bedarf es

eines erheblichen Netzaus- und -umbaus. Bürgerinitiativen und Naturschutzverbände sind gefordert, diesen Prozess konstruktiv zu begleiten, statt ihn zu blockieren. Den Umstieg gibt es nicht zum Nulltarif.

Das Versagen von Stromnetzen ist kein theoretisches Risiko, sondern eine konkrete Gefahr. Am 14. Juli saß Hannover im Dunkeln. Die Produktion bei VW brach zusammen. Feuerwehren befreiten Menschen aus Aufzügen. Ursache war ein Netzversagen in einem Umspannwerk. Je geringer die Reserven, je lückenhafter das Netz, umso größer die Gefahr, durch einen Domino-Effekt gleich in einem ganzen Bundesland den flächendeckenden „Black Out“ zu erleben. Deutschland darf nicht Gefahr laufen, die Fehler der USA im Netzausbau zu wiederholen.

In meinem Wahlkreis gibt es nicht nur umstrittene Hochspannungstrassen, sondern auch ein Pumpspeicherwerk in Geesthacht, das ich im Juli erneut besuchen werde. Es bietet als einzige Einrichtung in Schleswig-Holstein die Möglichkeit, Energie für Spitzenbedarfszeiten zu speichern. Doch es kann nicht wirtschaftlich arbeiten, weil es eine sogenannte „Oberflächenwasserentnahmeabgabe“ entrichten muss, die unter Rot-Grün eingeführt wurde, weil man meinte, so das KKW Krümmel behindern zu können. Der Landtag in Kiel sollte trotz der von den Vorgängern geerbten desolaten Haushaltslage alles daran setzen, diese energiepolitisch falsche Abgabe zu beseitigen. Eine Sondersteuer auf Energieinfrastruktur ist das letzte, was wir jetzt brauchen können.



Solaranlagen auf Wirtschaftsgebäuden in Schleswig-Holstein

Wenn die Energiewende gelingen soll, dann reicht es nicht zu sagen, was wir nicht wollen. Die Entrümpelung des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG) ist dazu ein wichtiger Beitrag. Die FDP hat zu recht gefragt, was 13 Milliarden Euro Solarförderung, komplett vom Verbraucher bezahlt, eigentlich bewirkt hat: Es wurde zu einem Arbeitsbeschaffungsprogramm für Solarzellen-Fabriken in China. Zur Versorgungssicherheit dagegen wurde nur ein verschwindend geringer Beitrag geleistet. Der Ausbau der Netzinfrastruktur muss beschleunigt werden. Deshalb haben wir ein Gesetz beschlossen, mit dem Planung und Durchführung zügiger durchgeführt werden können. Die FDP bleibt die Stimme der unideologischen Vernunft – auch in der Energiepolitik.

EHEC und die Folgen

Die EHEC-Epidemie war in vielerlei Hinsicht außergewöhnlich. Noch nie mussten in Deutschland so viele Menschen unter einer Krankheit leiden, die von Nahrungsmitteln ausging. Nach Angaben des Robert-Koch-Instituts (RKI) sind seit dem Ausbruch der Epidemie Anfang Mai bundesweit 4.190 Personen erkrankt. 858 von ihnen litten am Hämolytisch-Urämischen Syndrom (HUS). Bundesweit sind laut RKI 51 Todesfälle im Zusammenhang mit dem EHEC-Keim zu beklagen. Zwar erkranken Menschen regelmäßig an EHEC-Bakterien,

doch nur selten nimmt die Krankheit einen so schweren Verlauf, wie in diesem Jahr. Auch die Wirtschaft hat sich noch nicht von den Folgen erholt. Das zeigt, wie verunsichert viele Verbraucher noch immer sind. Ich will Ihnen deshalb kurz den jetzigen Kenntnisstand darstellen und welche Schlussfolgerungen die Politik aus der Krise zieht.

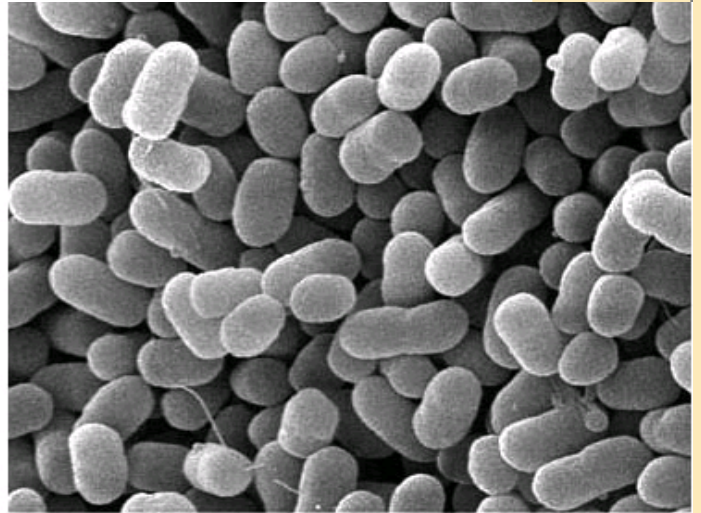
Kenntnisstand. Mittlerweile kann als gesichert gelten, dass Bockshornklee-Samen, die aus Ägypten zur

Produktion von Sprossen importiert wurden, die Epidemie verursacht haben. Es ist eine große Leistung der Labore und der Behörden, diese Quelle identifiziert zu haben.

Die Vorfälle haben gezeigt, dass Verunreinigungen mit Bakterien ernste gesundheitliche Probleme verursachen können. Wir haben in Deutschland eine verzerrte Risikowahrnehmung. Die Risiken durch chemische Verunreinigungen werden überschätzt, die Gefahren durch bakterielle Kontaminationen werden unterschätzt. Hygiene ist nach wie vor eine wichtige Tugend im Umgang mit Lebensmitteln. Bei den Dioxinfunden im Januar bestand zu keinem Zeitpunkt auch nur ein geringes Risiko einer Gesundheitsgefährdung. Dennoch mussten Betriebe finanzielle Schäden von über 5 Millionen Euro tragen. In Bezug auf die Pflanzenschutzmittelrückstände zeigen die Ergebnisse der staatlichen Lebensmittelkontrolle 2009, dass bei über 16.800 Proben auf das Vorkommen von Pflanzenschutzmittelrückständen mehr als 98 Prozent nicht beanstandet wurden. Die Situation hat sich in den letzten Jahren immer weiter verbessert.

Nach der Krise. Es ist Standard, dass im Nachgang dieser Epidemie eine Evaluierung der Vorgehensweise und der Behördenstruktur durchgeführt wird, um künftige Krisen besser bewältigen zu können. Ich habe zu diesem Thema eine eigene Anhörung organisiert. Daraus ergab

sich, dass insbesondere die Abläufe und Informationswege auf ihre Effektivität hin überprüft werden müssen. Die Vorschriften zu Meldungen von meldepflichtigen Krankheiten müssen an die inzwischen gegebenen technischen Möglichkeiten angepasst werden. Die Postkarte sollte durch elektronische Meldeverfahren ersetzt werden. Die Einrichtung einer Taskforce im BMELV hat sich bewährt ebenso wie die parallelen Strukturen von RKI als Behörde des Gesundheitsministeriums und des BfR als Behörde des Landwirtschaftsministeriums.



EHEC-Bakterien unter dem Mikroskop

Debatte um Steuersenkungen

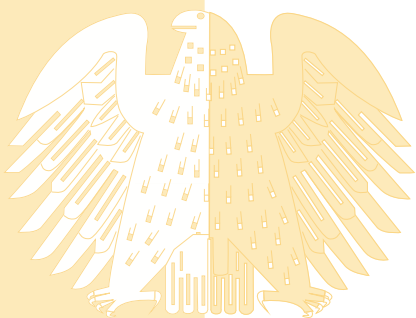
Die Grundsatzentscheidung der Koalition über eine Entlastung der Mittelschicht von Steuern und Sozialabgaben haben nicht nur in den Medien zu teils heftiger Kritik geführt. Auch Bürger haben mir geschrieben und gefragt, wie der Abbau der Schulden und Steuererleichterungen zusammen funktionieren sollen. Ich selbst bin für Steuersenkungen bei niedrigen und mittleren Einkommen. Dafür gibt es gute Argumente, die Generalsekretär Christian Lindner und der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Volker Wissing zusammengestellt haben.

Die Entlastung der Mittelschicht ist eine Frage der Gerechtigkeit. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben den Aufschwung erarbeitet. Sie haben Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit durch Lohnzurückhaltung in den letzten Jahren gesteigert. Von den jetzt vereinbarten Gehaltserhöhungen profitiert der Finanzminister aber stärker als der einzelne Beschäftigte, da durch die ‚kalte Progression‘ – sagen wir es klar: durch eine automatische, politisch nicht neu zu beschließende, schleichende Steuererhöhung – etwa 54 Prozent des zusätzlichen Lohns in öffentliche Kassen fließen. Im Zusammenwirken mit der Inflation drohen der Mittelschicht sogar reale Kaufkraftverluste. Diese Entwicklung widerspricht unserem Verständnis von sozialer und von Leistungsgerechtigkeit. Deshalb arbeiten wir an einer Steuerentlastung, der Reduzierung der kalten Progression und Sozialversicherungsbeiträge.

Die Entlastung ist eine Investition in die Konjunktur. Das Wachstum wird durch eine Stärkung der Kaufkraft

stabilisiert, ein Entzug von Kaufkraft zum Beispiel durch die ‚kalte Progression‘ würde die Binnennachfrage dagegen schwächen. Dr. Alfred Boss vom Institut für Weltwirtschaft in Kiel teilt unsere makroökonomische Einschätzung zur Entlastung: ‚Wenn man den Steuertarif nicht regelmäßig anpasst, werden die Leistungs- und die Investitionsanreize geschwächt – das kostet uns wirtschaftliche Dynamik.‘ Übrigens finanziert sich eine Steuerentlastung auf mittlere Sicht zu einem signifikanten Anteil selbst: Sogar der ehemalige Finanzminister Peer Steinbrück schätzte die Quote auf 60 Prozent.

Entlastung und Haushaltskonsolidierung sind in einer wachsenden Wirtschaft vereinbar. Stabiles Wachstum ist eine Voraussetzung für die ausgezeichnete Arbeitsmarktlage, die steigenden Steuereinnahmen und damit die Möglichkeiten des Staates, den Konsolidierungspfad fortzusetzen. Prof. Dr. Michael Hüther vom Institut der Deutschen Wirtschaft hat in diesem Zusammenhang jüngst gesagt: ‚Niedrigere Steuern können die Konsolidierung auch unterstützen. Voraussetzung dafür ist aber, drohende Mehrbelastungen und höhere Ausgaben zu verhindern.‘ Das ist auch die Haltung der FDP. Wir haben in der Koalition einen Fahrplan zur Erfüllung der Schuldenbremse verabredet, der präzise eingehalten wird. Wir reduzieren die Neuverschuldung im kommenden Jahr auf nur noch 27,4 Milliarden Euro. Die Grenze, die durch die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse vorgegeben ist, wird damit um 10 Milliarden Euro unterboten. Diesen Kurs behalten wir bei.



Zur Debatte in Schleswig-Holstein über CCS-Forschung

In Schleswig-Holstein wurde über Carbon Dioxide Capture and Storage-Forschungsanlagen, kurz CCS, sehr kontrovers diskutiert. Der Bundestag hat nun ein Gesetz beschlossen, dass die weitere Erforschung der CCS-Technik ermöglicht. Ich möchte kurz erläutern, warum ich dieser Forschung offen gegenüber stehe – und warum Schleswig-Holstein trotzdem kein Forschungsstandort sein muss.

Kohlenstoffdioxid (CO₂) ist natürlicher Bestandteil der Luft. Der Anstieg an CO₂ in der Luft, verursacht durch die energetische Nutzung fossiler Energieträger, beeinflusst das Klima. Deswegen werden Technologien entwickelt, CO₂ in Gestein zu verpressen (CCS) oder es als Zwischenprodukt eines Kohlenstoffkreislaufes zu nutzen. Nur durch Forschung können die vielen Fragen, Vermutungen und teilweise als Horrorszenarien ausgemalten möglichen Folgen seitens jetzt schon erklärter Gegner dieser neuen Technologie beantwortet werden.

Deshalb brauchen wir ein praktikables Forschungsgesetz, das der Forschung ausreichend Freiraum bietet. Die wirtschaftliche und technische Machbarkeit, vor allem aber die Sicherheit für Mensch und Natur, müssen auch im großtechnischen Maßstab überprüft werden. Außerdem: Die weltweit vorhandenen, großen Kohlevorräte, auf deren Nutzung beispielsweise die Chinesen kaum verzichten werden - bieten ein großes Anwendungsgebiet für diese Technologie. Deutschland kann hier technisch führend werden.

Es entspricht dem liberalen Grundgedanken, Forschung zu ermöglichen, nicht sie zu verbieten, sie aber auch nicht zu erzwingen. Deswegen können die Bundesländer nun selbst entscheiden, ob sie CCS-Forschung auf ihrem Gebiet zulassen wollen. Gegen den Willen der örtlichen Bevölkerung darf es keine Forschung geben.

Informationen aus Berlin von
Dr. Christel Happach-Kasan MdB
(V.i.S.d.P.)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: (030) 227-70205
Telefax: (030) 227-76113
E-Mail: christel.happach-kasan@bundestag.de
Internet: www.happach-kasan.de

Ausgewählte Termine August 2011

Wahlkreisreise

Di, 2.08.

11:00 Uhr: Besuch des DRK- Krankenhauses Mölln-Ratzeburg

Mi, 3.08.

10:00 Uhr: Besuch mit dem BVL bei Lebensmittelhändler in Trittau

14:00 Uhr: Besuch der AHG Klinik Lübeck

19:30 Uhr: Kreisvorstandssitzung

Do, 4.08.

09:30 Uhr: Informationsgespräch bei den Stadtwerken Geesthacht

Fr, 5.08.

10:00 Uhr: Besuch mit dem HDE im EDEKA Ratzeburg

Weitere Termine

Mo, 8.08.

11:30 Uhr: Besuch der Worlée-Chemie GmbH

15:00 Uhr: Gespräch mit Seniorenbeirat Ratzeburg

So, 21.08.

12:00 Uhr: Tage der Industriekultur: Informationen an der Palmschleuse in Lauenburg

Mo, 22.08.

17:30 Uhr: SDW – Vorstandssitzung (Bad Segeberg LWK)

Mi, 24.08.

19:30 Uhr: Kreisvorstandssitzung

So, 28.08. - Di, 30.08.

Helsinki, Teilnahme an der Ostseeparlamentarierkonferenz

Mi, 31.08.

14:00 Uhr: Gespräch mit einer Besuchergruppe der Gemeinschaftsschule Schwarzenbek

Ich habe Interesse an weiteren Informationen zu folgenden Themen:

(Bitte schicken Sie uns ein Fax an 030/227-76113 oder eine E-Mail an christel.happach-kasan@bundestag.de)

Rede zur Präimplantationsdiagnostik/ Nährwertampel/ zu Klonfleisch

Sonstiges:

Name:

E-Mail:

Anschrift: